

Projekt Zukunft – Deutschland 2020 geht in entscheidende Phase

Die sieben Projektgruppen, die am „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ arbeiten, haben zur Klausur der Fraktion am 13. Januar 2012 einen Zwischenbericht vorgelegt. Die wichtigsten Aussagen daraus sind hier zusammengefasst.

Wie kann bei Infrastrukturvorhaben wie z. B. beim Bau von Stromleitungen oder Straßen die Akzeptanz durch eine bessere Bürgerbeteiligung erhöht werden?

Infrastruktur im Konsens mit der Öffentlichkeit voran bringen

Die SPD-Bundestagsfraktion will bei Entscheidungen zu Ausbau und Erhalt der Infrastruktur „mehr Demokratie wagen“. Um Akzeptanz und dadurch eine schnellere Umsetzung zu erreichen, sollen Bürger/innen bereits an Grundsatzentscheidungen, ob ein Infrastrukturprojekt überhaupt realisiert werden soll, beteiligt werden. Dazu soll die Bevölkerung frühzeitig und umfassend bei der Bundesverkehrswegeplanung, der Bundesnetzplanung für

Energieleitungen sowie in Planungsverfahren einbezogen werden. Ein Bürgeranwalt soll die Bürger/innen bei Planungsverfahren beraten und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte achten. Als Ergebnis eines intensiven Dialogs mit Verbänden, Wissenschaftlern, Bürgerinitiativen, SPD-Landtagsfraktionen sowie mit den SPD-geführten Landesregierungen hat die Fraktion im Dezember 2011 ein Konzept beschlossen, das nun im Internet zur Diskussion bereit steht. Anregungen, die sich hieraus ergeben, werden in die endgültige Positionierung einfließen.

Ein aktuelles Dialogpapier der Projektgruppe enthält Vorschläge zur Reform der Bundesverkehrswegeplanung. Sie soll zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung für die Bundesverkehrswege weiterentwickelt werden und eine eindeutige Prioritätensetzung ermöglichen. Das Papier wird mit zahlreichen Experten in einem Werkstattgespräch am 06.02. diskutiert und im Internet zur Debatte gestellt. Gleichfalls mit Experten diskutiert wird derzeit ein Umbau- und Entwicklungsplan zur Energieinfrastruktur. Ein erster Workshop hierzu hat am 26.01. stattgefunden.

Wie lassen sich mit einem Kreativpakt die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit für Künstler, Autoren und Designer verbessern?

Neue Ordnung für Arbeit und Kreativpakt

Der Arbeitsmarkt spaltet sich. Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik droht eine dauerhafte Spaltung in Fachkräftemangel einerseits und verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit sowie prekäre Arbeitsbedingungen andererseits. Eine neue Ordnung für Arbeit braucht faire Regeln, die Lohngerechtigkeit gewährleistet und die Folgen unsicherer Beschäftigung eindämmt. Dazu will die SPD-Bundestagsfraktion u. a. einen flächendeckenden, gesetzlichen

Mindestlohn einführen, den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit durchsetzen und den Missbrauch bei Minijobs und Werkverträgen bekämpfen. Im Rahmen des Projekts wird ein umfassendes Fachkräftesicherungskonzept erarbeitet. Die Arbeitslosenversicherung will die SPD-Fraktion zu einer Arbeitsversicherung umbauen, die durch berufsbegleitende Beratung und Weiterbildung Arbeitslosigkeit vorbeugt. Bei diesen Vorhaben steht die Fraktion im engen Dialog mit den Gewerkschaften.

Die Kreativwirtschaft ist in Deutschland ein immer wichtigerer Beschäftigungs- und Wachstumssektor. Die Projektgruppe will diesen gemeinsam mit der Kreativszene nachhaltig entwickeln und die dort Arbeitenden sozial besser absichern. Dazu gehört auch eine Modernisierung des Urheberrechts, die einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern schafft. Darüber hinaus sollen Wirtschaftsförderungskonzepte eine neue kreative Gründerkultur ermöglichen. Leitfragen zum Kreativpakt diskutiert die Projektgruppe im Internet.

Ein gerechtes und solides Steuer- und Finanzierungskonzept

Ein gerechter Lastenausgleich zwischen Einkommensstarken und -schwachen und ein solider Haushalt mit klaren Prioritäten sind das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion. Deshalb will die SPD durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 100.000 Euro auf 49 %, die Anhebung der Abgeltungssteuer auf 32 %, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Finanztransaktionssteuer mehr

Einnahmen erzielen. Gleichzeitig wollen wir unnötige und ökologisch schädliche Subventionen abbauen, das Ehegattensplitting für zukünftige Ehen zu einer Individualbesteuerung mit Unterhaltsabzug umgestalten und das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen. Durch die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns werden die Ausgaben für Transferleistungen gesenkt und Steuereinnahmen erzielt.

Durch diese und weitere Maßnahmen entstehen Spielräume: So soll der Bund 10 Mrd. Euro in das Bildungs- und Betreuungsangebot in Deutschland investieren. Darüber hinaus soll in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und in die Energiewende investiert werden. Die Finanzkraft der Kommunen soll durch eine Entlastung um ca. 4 Mrd. Euro gestärkt werden. Zentral ist für die SPD-Fraktion die Einhaltung der Schuldenbremse. Durch die Rückführung der Neuverschuldung wird der Bundeshaushalt wieder zukunftsfest.

In weiteren Schritten wird die Projektgruppe bei den Zukunftsinvestitionen und Prioritäten eng mit den anderen Projektgruppen zusammenarbeiten. Außerdem sollen Entlastungsmöglichkeiten von unteren und mittleren Einkommensgruppen bei den Sozialabgaben geprüft werden.

Aktive Ganztagschule für die Bildung von morgen

Für die SPD ist Bildung eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gute Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.

Wie kann die gute, aktive Ganztagschule von morgen aussehen?

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesem Ziel mit einem „Masterplan Ganztagschule 2020“ näher kommen. Dieser soll den quantitativen Ausbau bis 2020 mit der Verbesserung der Qualität der Lern- und Betreuungsangebote verbinden. Bis 2020 soll für alle Kinder und Jugendlichen ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz gelten. Der Bund soll zunächst für vier Jahre rund 4 Mrd. Euro für etwa 7.000 zusätzliche Ganztagschulen bereitstellen. Zudem will die SPD den qualitativen Ausbau der Ganztagschulen unter dem Leitbild der „aktiven Ganztagschule“ verfolgen. Schulleitungen, Lehrerkollegien, Elternvertretungen und Schüler/innen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Denn die Qualität von Ganztagschulen hängt entscheidend von der Verzahnung pädagogischer, sozialer, kultureller und freizeitorientierter Angebote ab, die vor Ort gelingen muss. Dafür entwickelte Standards sollen vergleichbare Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen. Am qualitativen Ausbau der Ganztagschulen soll sich der Bund für vier Jahre mit weiteren 4 Mrd. Euro beteiligen. Die Projektgruppe entwickelt den Masterplanentwurf gemeinsam mit Ländern und Kommunen sowie Experten/innen weiter und diskutiert ihn mit den Bürgern/innen bei Veranstaltungen vor Ort sowie im Internet. Vor der Sommerpause soll der „Masterplan Ganztagschule 2020“ vorliegen. Eine wichtige Voraussetzung für ihn ist, dass der Bund sich wieder dauerhaft finanziell an Bildungsausgaben beteiligen darf. Zur Überwindung des Kooperationsverbots in der Bildung hat die SPD-Fraktion bereits im Januar einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Integration – eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das Zusammenwachsen unserer pluralen Gesellschaft ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Bildung und Sprache sind zentrale Bausteine für eine erfolgreiche Integration. Unterschiedliche Ausgangspositionen von Schülern/innen auszugleichen, gelingt am besten mit Ganztagsangeboten in Schule und Kita. So kann eine durchgängige Sprachförderung gewährleistet werden. Schüler/innen sollen frühzeitig Orientierungshilfen durch „Bildungslotsen“ und eine verpflichtende Berufsvorbereitung ab Klasse 7 erhalten, um ihre Potenziale früh zu erkennen.

Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit in den Kommunen müssen die Mittel für die soziale Stadtentwicklung wieder deutlich erhöht werden, und auch der sozial-integrative Ansatz muss wieder gelten. Die SPD-Fraktion will u. a. die dauerhafte Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs erreichen.

Bereits Anfang 2011 hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein umfangreiches Integrationskonzept vorgelegt. Dazu findet seit November der „Zukunftsdialog Integration“ statt. Abgeordnete besuchen Einrichtungen aus dem Bereich der Integration in ihren Wahlkreisen und diskutieren vor Ort. Hierbei wird deutlich, dass die Probleme in den Regionen sehr unterschiedlich sind. Die Erfahrungen der Abgeordneten werden durch die Projektgruppe ausgewertet. Die Erkenntnisse fließen in die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts ein. Positive Beispiele aus der Praxis sollen aufzeigen, welche integrationspolitischen Handlungsansätze besonders gut funktionieren.

Wie können Frauen und Männer Arbeit, Familie und andere Lebensbereiche künftig gleichberechtigter untereinander aufteilen?

Rolle(n) vorwärts zur Gleichstellung

Frauen und Männer wollen heute mehr: Familie. Karriere. Zeit. Chancen für alle Lebensentwürfe. Dafür sind noch dicke Bretter zu bohren: So stagniert seit Jahren die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern bei 23%. Die SPD-Fraktion will die Unternehmen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz dazu verpflichten, ihre Entgeltstrukturen zu erfassen, auszuwerten und geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten zu beseitigen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Arbeit. Ziel ist, ihn zum diesjährigen Equal Pay Day am 23. März fertig zu stellen.

Rund 2,5 Mio. Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor. Zwei Drittel der Minijobber sind Frauen und nicht nur das: 66 Prozent derer, die ihr Geld allein mit einem Minijob verdienen, sind ebenfalls Frauen. Eine Reform der Minijobs ist überfällig, denn sie vernichten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und sind Einfallstor für Niedrigstlöhne.

Ebenfalls ein dickes Brett: Nur 2,5 % aller Vorstandsmitglieder der 200 umsatzstärksten Unternehmen sind Frauen. In den Aufsichtsräten sieht es mit einem etwa 10-prozentigen Frauenanteil kaum besser aus. Freiwillig hat die Wirtschaft bislang nichts bewegt. Deshalb will die SPD eine Frauenquote von jeweils mindestens 40% in Vorständen und Aufsichtsräten gesetzlich festschreiben.

Zu diesen und weiteren Themen führt die Projektgruppe den „Zukunftsdialog Gleichstellung“ – u. a. mit den kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Im Internet diskutiert sie neue Möglichkeiten der Zeitpolitik, damit Frauen und Männer Arbeit, Familie und andere Lebensbereiche künftig gleichberechtigter untereinander aufteilen können.

Wie müssen wir dem demografischen Wandel begegnen, und wie erreichen wir ein neues Miteinander der Generationen?

Miteinander der Generationen

In Deutschland leben immer weniger Kinder, und die Lebenserwartung steigt stetig. Außerdem wird unsere Gesellschaft bunter. Lebensweisen, Familienformen und Rollenmuster verändern sich. Die SPD-Fraktion will diesen Prozess gestalten. Sie will individuelle Lebensqualität ermöglichen, aber auch gesellschaftliche Solidarität und die Bedingungen für Wohlstand sichern und verbessern. Dazu arbeitet sie am Konzept „Miteinander der Generationen im demografischen Wandel“. Dabei geht es um die Aufgaben des Sozialstaates, aber auch um die soziale Gesellschaft vor Ort.

Die SPD will allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen geben und ihre Familien gezielt unterstützen. Teilhabechancen in der Bildung und an guter Arbeit müssen selbstverständlich werden. Ältere Menschen sollen mittendrin statt nur dabei sein. Gesundes und aktives Altern soll ermöglicht, Betreuung und Pflege müssen zukunftsfest gemacht werden.

Das Miteinander der Generationen passiert in den Kommunen und Regionen. Ihnen kommt im demografischen Wandel besondere Bedeutung zu. Gebraucht werden regional differenzierte Antworten und kommunalspezifische Strategien und Netzwerke.

Zur Gestaltung des demografischen Wandels sind Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Politikfeldern erforderlich. Damit sich die jeweiligen Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll ergänzen, ist die Verabredung einer Gesamtstrategie notwendig. In Veranstaltungen vor Ort sammelt die Fraktion Vorschläge und gute praktische Beispiele, die in ein Gesamtkonzept einfließen. Drei zentrale Fragen diskutiert die Fraktion im Internet.

Alle Interessierten können hier mitmachen und das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ mitgestalten: zukunftsdialog.spdfraktion.de